

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich
mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweitzer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22½ Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18¼ Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Spandauerbrücke 5, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandro, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Berlin, 21. December.

Belgiens Zukunft?*) Diese Frage erhebt sich, kann aber jemand auf sie eine bestimmte und genügende Antwort geben? Die Zeiten der Propheten sind vorüber, oder vielmehr, es hat niemals wirkliche Propheten gegeben! Dermaßen verschlungen sind die mannichfaltigen, sich fortentwickelnden Verhältnisse des Lebens, so sehr durchgreifen sich die Wirkungen ihres weiter geschrittenen Verlaufes, in so bedeutender Weise verändern die sich kreuzenden Einflüsse den Fortgang, daß kein besonnener Politiker entfernte Ereignisse wird vorausberechnen wollen. Alles, was ein solcher verständig und weise zu sagen vermag, muß sich ganz allgemein halten und aus den Grundverhältnissen hervorgehen, die ihrer Natur nach eine lange Beständigkeit haben.

Schauen wir auf Belgien selbst und ziehen wir das Facit aus den in den früheren Betrachtungen vorgeführten Thatsachen, so haben wir in ihm ein Land starker, unausgeglicherer Gegensätze vor uns. Was man des verstorbenen Leopold's Weisheit nannte, bestand darin, daß er keine treibende Kraft übermächtig werden ließ, daß er jede, sobald sie obgestiegen hatte, abtumpfte. Das Schankelsystem, welches er während seiner Wahrung mit ungemeiner Weltklugheit durchführte, beließ jedoch in der Hauptsache alles beim Alten. Die Gegensätze sind in ihrer Stärke geblieben. Keiner ward entkräftet. Sie werden sich nunmehr, voraussichtlich, mit einer Stärke regen, die sie, so lange sie Leopold über sich wußten, nicht aufgeboren haben. Denn jeder Grundsatz strebt zur allgemeinen Herrschaft im Lande zu gelangen, alles zu durchdringen.

Leopold I. ist dahin. Von seinem Nachfolger glaubt man, daß er ein guter Mann, indeß an Willensstärke und Bestandenshärte seinem Vater ungleich sei; dazu sagt man, daß er am Rückenmark leide. Man traut ihm nicht die Kraft und Umsicht zu, das sich Regende zu bändigen, wie es sein Vater vermochte.

Sodann aber wird behauptet, daß seine Gemahlin auf ihn bestimmend einwirke und daß sie, eine österreichische Prinzessin, der Geistlichkeit in hohem Grade ergeben sei. Daß durch sie die klerikale Partei an's Ruder gebracht werden dürfe, erwartet man demzufolge. Bereits bei Lebzeiten des dahingegangenen Königs (irren wir nicht im August oder September) veranstaltete vor dem kaiserlichen Baare diese Faktion eine Festlichkeit, bei der der Name „König Leopold II.“ in bengalischem Feuer flammte. Diese Taktlosigkeit verrieth ihre Hoffnungen.

Gegenwärtig bilden Liberale das Ministerium.

*) Dieser Artikel bildet den Schluß zu den bereits über Belgien veröffentlichten und wurde von dem Verfasser derselben zu diesem Zwecke und für unser Blatt noch nachträglich geschrieben.

Der unanhaltsame Zug des Fortschritts hat im Laufe der Jahre die klerikale Partei geschwächt und die liberale vergrößert. Die letztere hat namentlich in den größeren Städten entschieden das Uebergewicht erlangt und ihre Ansprüche sind gewachsen. Sollte es nun geschehen, daß der Wille des Königs die Liberalen vom Regimente entfernte und die Klerikalen zu demselben beriefe, so möchten die Liberalen diese Zurücksetzung keineswegs mit Gleichmuth ertragen. Ein äußerst heftiger Ankampf stünde dann zu gewärtigen.

Die bedenkliche Seite desselben läge in diesem Falle darin, daß ein großer Theil der Liberalen zu Frankreich hinüberneigt, von woher die liberalen Ideen den Anstoß empfinden.

Belgien verdankt seine Begründung als eigener Staat der Eifersucht der Großmächte. Mit eigener Kraft seine Selbstständigkeit aufrechtzubalten, vermöchte es nicht. Ueber sein ferneres Schicksal werden also auch nach wie vor die Großmächte entscheiden. Daß zunächst, bis auf Weiteres, der gegenwärtige Zustand fortbauert, wird niemand Wunder nehmen, wird kein Einsichtsvoller anders erwarten. Ob aber darin irgend welche Gewähr für spätere Zeiten liegt, möchte man so mehr zu bezweifeln sein, da die ganze Richtung unserer Lage immer mehr den Bestand der Kleinstaaten untergräbt. Die kleinen Reiche haben keine Zukunft.

Zwei Mächte sind es, zwischen die Belgien gestellt ist. Sein Schicksal ist, einer von beiden vereinst anzugehören: Frankreich oder Deutschland. Zu Deutschland ist es eigentlich hingewiesen. Es gehörte bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts zum deutschen Reiche, es ist unser westliches Küstenland und zwei Drittel seiner Bevölkerung sind deutschen Stammes. Aber Deutschland hat sich um Belgien nicht mehr gekümmert. Die Vertretung der deutschen Staaten in Brüssel war die armseligste und achtloseste. Deutschland mit seiner Adelswirtschaft und seinen zurückgebliebenen Einrichtungen erscheint dem Belgier als ein niedrigstehendes Land. Er trägt keine Sehnsucht, sich mit ihm zu vereinigen, um deutscher Freiheit, deutschen Glückes theilhaftig zu werden. Von Deutschlands Macht hegt er auch keine sonderlichen Vorstellungen, kurz, nicht nach Osten, sondern nach Paris sind seine Augen gerichtet. Paris hält er für die Stätte der höchsten, der maßgebenden Bildung. Frankreich hat — ganz anders als die deutschen Staaten handelnd — seit 1830 unter der Hand alles Mögliche gethan, um dem Franzenthum in Belgien Vorschub zu leisten, hat mit großer Umsicht seinen Anhang verstärkt und auch Aufwand von Mitteln keineswegs gescheut, um den vereinstigen Gewinn dieses schönen Landes vorzubereiten. Sobald ihm die Gelegenheit günstig ist, wird es die Hand nach Belgien ausstrecken und in diesem Zeitpunkt wird plötzlich in Belgien selbst eine Partei die französische Fahne aufpflanzen und die Verbindung mit Frankreich verlangen.

Augenblicklich ist dies nun nicht zu befürchten. Dreierlei Umstände müssen zusammen zutreffen, um eine solche Katastrophe herbeizuführen, einmal muß Frankreich übrigens freie Hand haben, so daß es mit der vollen Wucht seiner Macht für die Eroberung Belgiens einzutreten im Stande ist, sodann muß die Stellung der europäischen Großmächte grade eine solche sein, bei der die eine oder die andere Frankreichs Vorhaben begünstigt, und endlich muß sich ein schicklicher Anlaß bieten, damit vor der Welt der Schein gerettet werde. Gegenwärtig ist Frankreich noch in die mexicanischen Wirren verwickelt, fehlt ihm auch noch der Bundesgenosse. Denn Napoleon will nicht alle Großmächte zugleich wider sich haben. Heftig überströmenden Parteikampf im Innern Belgiens, den Frankreich, sobald es will, anfangen kann, dürfte ihm zur geeigneten Zeit den Vorwand zum Einrücken im Interesse der öffentlichen Ordnung bieten; im besetzten Lande beschließt dann (ebenso wie es in Nizza geschah) das Volk den Anschluß an Frankreich, und das fait accompli ist da.

Von den Mächten Europa's ist Rußland zu fern, um, falls das übrige Europa so etwas schweigend anjähle, anders handeln zu können, als geschehen lassend. Italien und Spanien sind ebenfalls gleichgültig und neigen ohnehin auf Frankreichs Seite. Für Deutschland und England aber bestehen die mächtigsten Antriebe, einen solchen Vorgang nimmermehr zuzulassen.

England kann es unmöglich gleichgültig ansehen, ob die ihm gegenüberliegende Küste in noch breiterer Ausdehnung französisch wird. Des ersten Napoleons Landungsgedanken mochte man als abenteuerliche Hirngespinnne verachten, seit aber die Dampfschiffahrt Eingang gefunden und Frankreich eine große Flotte sich erworben hat, ist England nicht mehr vor der Landung eines großen Heeres sicher. Die langen breiten Straßen Londons kann die Kanonenkugel beherrschen! Von der Normandie kam schon einmal ein Eroberer, der sich England unterwarf. England wird also das Neueste auf bieten, um Belgien keine Provinz Frankreichs werden zu lassen. Allein England besitzt keine Heereskraft, die gegen Frankreich einzusetzen wäre. Der Krimkrieg offenbarte seine Schwäche. Es ist im Sinken. Mit seiner Stärke würde es nichts anrichten.

Nur Deutschland könnte in dem angenommenen Falle Belgien retten. Aber auch Deutschland kann dies nur, wofern es einig ist. Es ist für Deutschland vom höchsten Belange, eine solche Katastrophe, wenn sie hereinbräche, abzuwenden. Gelingt es nämlich hinzuhalten, so wird, trotz allem und allem, Belgien vermöge des Uebergewichts seiner flämischen Einwohnerzahl eines Tages sich eben so gut wie Holland wieder zu ihm schlagen und ein Theil Deutschlands von Neuem werden, wie es ein Theil Deutschlands gewesen ist. Wie gewonnen alsdann ein Küstenland, und dieses

Rüstenland selber würde kräftiger, weil es ein großes Hinterland hätte. Welange es aber nicht und würde Belgien eines Tages französisch, so wäre Deutschlands Lage gegenüber Frankreich wesentlich verschlimmert und auch Holland würde sich der französischen Umarmung auf die Länge nicht entziehen können. Alle Machtverhältnisse wären verrückt zu unserm schwersten Nachtheile.

Damit es nun nicht dahin komme, ist es durchaus nöthig, daß Preußen seinen Pflichten stets treu bleibe. Denn Oesterreich ist ja nicht der Nachbar Belgiens und kann erst an zweiter Stelle für Belgien etwas Nachdrückliches thun. So lange Preußen Belgien aufrecht erhalten will, wird es aufrecht bleiben. Bezinge Preußen, aus kurzfristig selbstlicher Politik einen Verrath an Deutschland und Belgien zugleich (denn Belgien preisgeben, hieße deutliche Interessen schädigen), so wäre Belgien verloren. Das wäre ein verhängnisvoller Schritt, der sich schwer rächen müßte, und darum sind wir sicher, daß er nicht geschehen wird.

Konjunktural-Politik haben wir in diesen Betrachtungen getrieben, was eigentlich eine müßige Sache ist. Der Gegenstand, um den es sich handelt, ist jedoch von der höchsten Wichtigkeit und darum dünkte es uns durchaus nicht überflüssig, vor dem Betreten von schädlichen und verderblichen Wegen bei Zeiten zu warnen und die allgemeine Aufmerksamkeit auf alles, was nach dieser Seite hin vorgeht, zu schärfen.

Deutschland.

* **Berlin, 21. December.** [Die neueste „Provinzial-Correspondenz“ hält in einem „Heer und Volk“ überschriebenen Artikel der Armeeorganisation eine ebenso überchwängliche als sonderbar motivirte Lobrede. Die „Provinzial-Correspondenz“ meint nämlich, indem sie einen Vergleich zwischen 1850 einerseits und 1864 und 1865 andererseits anstellt, der Vertrag von Olmütz, „durch welchen Preußen auf die Durchführung seiner Politik verzichtete“, sei nur eine Folge des Mangels an eigenem Vertrauen zu Preußens Kraft gewesen, indem sowohl Preußen als auch seine Gegner überzeugt gewesen seien, „daß die Mobilmachung des preußischen Heeres, bei den damaligen Einrichtungen, nicht rasch genug gefördert werden könnte, um dem Gegner zu rechter Zeit die Spitze zu bieten.“ Dagegen habe die Regierung den Krieg mit Dänemark, „die Befreiung Schleswig-Holsteins“ „mit unvergleichlicher Zuversicht“ in's Werk setzen können, weil sie gewußt habe, „daß Preußens Heer jetzt in eben so viel Tagen kriegsbereit an den Grenzen Preußens und in Feindes Land stehen könne, als früher Wochen dazu erforderlich gewesen seien“, und so sei „der jüngste Krieg eine glänzende Rechtfertigung der neuen Heereseinrichtungen“ geworden. Die Regierung habe aber, fährt die „Prov.-Corr.“ fort, „diese Einrichtung von vornherein nicht bloß im Hinblick auf den Krieg, sondern eben so sehr in ihrer Bedeutung für die Wahrung eines ehrenvollen Friedens, für die erfolgreiche Durchführung der Aufgaben Preußens auf dem Wege der Verhandlung“ aufgefäßt. Alles Reden, das Land könne die Opfer der Reorganisation nicht tragen, müße vor der Gewalt der Thatsachen immer mehr verstummen. Die Ehre und das Wohl des Landes, so schließt der Artikel, erforderten daher unabwieslich, daß das Werk des Königs nicht mehr erschüttert oder in Frage gestellt werde.

— [Die Rathlosigkeit der Fortschrittspartei,] lautet die Ueberschrift eines weiteren Artikels der „Prov.-Corr.“, in welchem diese sich gegen die „Nat.-Ztg.“ wendet, indem sie ihr Inconsequenz nachzuweisen sucht und behauptet, daß es „in der Sache ziemlich gleichgültig sei, in welcher Form das Haus seine Mitwirkung zum Zustandekommen des Staatshaushaltes versage“, und daß die Regierung sich nicht „an die Form“, sondern „an die Sache“ halten und danach allein und „nach der Rücksicht auf das wahre Landeswohl“ ihr Verhalten einrichten werde.

— [Zum Handelsvertrag des Zollvereins mit Italien,] sagt die „Prov.-Corr.“ es sei vor einigen Tagen ein Rundschreiben der preussischen und der bayerischen Regierung an alle Staaten des Zollvereins abgegangen, durch welches den-

selben bereits der Entwurf des abzuschließenden Vertrages mitgetheilt werde. Derselbe entspreche durchaus den früher mit England und Belgien abgeschlossenen Verträgen, so daß Italien und der Zollverein sich (ohne besondere Tariferörterungen) gegenseitig die Vortheile der meistbegünstigten Nationen zugestehen würden. Das Rundschreiben lege den Regierungen das bedeutende Interesse des deutschen Handels an der schleunigen Erledigung der Angelegenheit dringend ans Herz. Der Vertrag solle außer von Preußen und Bayern zunächst auch von Baden und vermutlich von Sachsen mitunterzeichnet werden. Die preussische Regierung glaube der baldigen Zustimmung der Zollvereinsregierungen entgegenzusehen zu dürfen.

— [Herr C. W. Tölke und die Leipziger Polizei.] Durch die Blätter läuft nachstehende Notiz:

Leipzig, 17. Dec. Die Anerkennung des Herrn Tölke in Herforn als Präsidenten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins ist dem hiesigen Zweigverein von Seiten unserer Polizei nicht gestattet worden, da derselbe, als mehrfach bestraft, nicht als im Vollgenusse der bürgerlichen Ehrenrechte betrachtet werden könne.

Zum so und so vielen Male sei beiläufig bemerkt, daß es keinen „Leipziger Zweigverein“, sondern nur einen „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ für ganz Deutschland giebt, der seinen Sitz in Leipzig hat. Was aber Herrn Tölke und die Leipziger Polizei betrifft, so sei darauf hingewiesen, daß sich Herr Tölke erst in Nr. 222 unseres Blattes gegen eine ähnliche Behauptung der „Zeitung für Norddeutschland“ verwahrt hat, und daß er ohne Zweifel ein Gleiches auch gegenüber der Leipziger Polizei thun wird. Uebrigens ist nicht zu begreifen, was, die Thatsache einer preussischen Bestrafung, lediglich fallsetzungsweise zugegeben, mit den sächsischen Gesetzen zu thun hätte.

* **Wien, 18. Dec.** [Die kaiserliche Anwesenheit in Pesth. Kaiserliches Handschreiben. Ungarische Landtags-Deputation. Pesther Juden-Deputation. Schmerling im böhmischen Landtag.] Der Aufenthalt des Kaisers in Pesth wird noch um einige Tage verlängert werden. Der Kaiser reist am 20. Decbr. Abends 10 Uhr ab und trifft am 21. Decbr. früh 4 Uhr in Wien ein. — Ein kaiserliches Handschreiben an die Bevölkerung von Ofen und Pesth spricht die Gefühle der Anerkennung „für die Beweise treuer Anhänglichkeit und musterhafter Ordnung aus.“ Der Kaiser scheidet „mit erhöhtem Vertrauen und Hoffnung baldiger Wiederkehr, von dem festen Glauben“ befeelt, daß diese frohen Tage den Beginn einer segensreichen Zukunft bezeichnen werden. — Eine ungarische Landtags-Deputation wird sich nach Wien begeben, um die Kaiserin zum Besuche der ungarischen Hauptstadt einzuladen. — Zu der Pesther Juden-Deputation äußerte der Kaiser, er hoffe die Besserung der Verhältnisse der Juden in Ungarn sei nahe.

— 20. Dec. Telegraphisch wird von hier gemeldet: In der heutigen Sitzung des böhmischen Landtages legte Schmerling sein Mandat nieder und motivirte diesen Schritt durch die Erklärung, daß die von dem Vertreter der Regierung bei der Adreßdebatte über den Reichsrath gemachten Bemerkungen ihm als Mitglied des Abgeordnetenhanfes nicht gestattet seien, ferner seinen Landtagsitz einzunehmen.

* **Hannover.** [Neue Ordensstiftung.] Um einem schreienden Bedürfnisse abzuhelfen, wurde „zur Erinnerung an den denkwürdigen Tag (Jubiläumfest in Ostfriesland) und an die Erbverbrüderung zwischen dem Cirkensischen und dem Welfenhanse von 1691“ vom Könige die Gründung eines besonderen Ordens, der Ernst-August-Orden benannt, in Aussicht gestellt.

* **Elberzogthümer.** [Heerwesen. Herr v. Manteuffel und die verbotenen Zeitungen. Eine Annonce. Verkauf von Schanzenzuländereien.] Den „Altonaer Nachrichten“ zufolge hat die holsteinische Landesregierung die Befestigung der Ende 1863 dänischerseits ausgegebenen holsteinischen Dienstmannschaften, welche ununterbrochen ihrer Einberufung geharr-

hatten, in die Reserveklasse versetzt. — Wie sehr sich Herr v. Manteuffel für die drei unlängst verbotenen Zeitungen interessirt, geht aus nachstehender Erzählung hervor, die aus zuverlässiger Quelle stammen soll. Als er vor einigen Tagen Herrn v. Gablenz in Kiel besuchte, soll er sich nämlich im Hotel sofort die „Kieler Ztg.“, die „Schlesw.-Holst. Ztg.“ und die „Friedr. Nachr.“ ausgeben haben. Letztere, so versichert die Erzählung, waren nicht vorhanden, die andern beiden Blätter wurden ihm sofort gebracht. Die „Schlesw.-Holst. Ztg.“ schickte den Herrn Gouverneur besonders zu interessiren, denn er äußerte zum Kellner: „Die Zeitung muß ich behalten; hier haben Sie zehn Silbergrößen, Gouverneur und Kellner waren von dem Handel gleich befriedigt.“ Wer ein Exemplar einer der drei verbotenen Zeitungen über die Eider mitnimmt, ist der Mitwirkung zur Verbreitung derselben schuldig — sagt Hr. Tiedemann!

— Folgende Annonce ist dem Hujumer Wochenblatt durch den Polizeimeister Stuber gestrichen worden, unter Androhung der Confiscation der betreffenden Nummer: „Durch Auflösung des hiesigen Kampfgenossenschaftsvereins, und durch die mit derselben in Verbindung stehenden polizeilichen Verbote ist den hilfsbedürftigen Soldaten der früheren schleswig-holsteinischen Armee die vom Vereine gewährte Unterstützung entzogen worden. Der Unterzeichnete erklärt sich nun bereit, etwaige freiwillige Gaben zu diesem Zwecke entgegenzunehmen und zu vertheilen. Emanuel Gurlitt.“ — „So etwas haben wir selbst zur Dänenzeit nicht erlebt!“ bemerkt die in Schleswig verbotene „Schlesw.-Holst. Ztg.“ hierzu. — Aus Schleswig wird berichtet: Der Verkauf von Schanzenzuländereien wird fortgesetzt. Jetzt beginnt die Licitation derselben bei Hollingsstedt, Dörpstedt und Groß-Abtheide. Die Gebote, die darauf gethan werden, sollen eine bedeutende Höhe erreichen und dem Staate eine nicht geringe Summe einbringen.

Ausland.

* **Paris, 19. Dec.** [Tagesbericht.] Die Blätter ergeben sich rübrig in Ergüssen über Johnson's Beschaft. Da wir wissen, daß sie sämmtlich nach Instructionen reden, so haben diese Bemerkungen allen wahren Werth, den nur eine freie Meinungsäußerung hat, verloren. Die „France“ aber ist led genug, dem Präsidenten ins Gesicht zu lachen und zu äußern: Wenn man die etwas confuse Phraseologie dem Dinge abstreife, so ergebe sich, „daß darin, wie gewöhnlich bei amerikanischen Botschaften, nur eine geschickt vorbereitete Inscensierung, um gewissen Parteien zu schmeicheln, enthalten, daß der Inhalt aber gar nicht so ernst gemeint sei.“ — Der Feuilletonchef Stephens ist auf dem besten Wege, hier der Löwe des Tages zu werden. — Man behauptet hier, daß sich die Unterhandlungen wegen der Heirath des Prinzen Humbert von Italien mit der Prinzessin von Leuchtenberg zer schlagen haben. — Die „Presse“ ergreift heute Partei zu Gunsten des Verstämmelungs-werkes des Luxemburg-Gartens. Dies ist natürlich, denn Emil Girardin soll sich in der Gesellschaft befinden, welche die Terrains ankaufen will. — Die wegen der Theilnahme am Studentencongress relegirten Studenten bringen ihre Sache vor den Staatsrath, und man ist sehr gespannt auf die Entscheidung dieser Abperschaft. Höchst wahrscheinlich wird sie die Maßregel ganz ordnungsmäßig finden, denn ein anderer Entschluß würde der auf ihre Stärke sich so viel zu Gute thnenden Regierung jetzt noch härter ankommen, als das fortgesetzte Schamirgiren mit dem Quartier Latin und der gesammten öffentlichen Meinung. Gestern wurde Herr Tardieu aus dem Auditorium getrieben, heute gab es ähnliche Scenen in der Rechtschule und später einen Studenten-Auflauf auf dem Place de l'Ecole de Medecine. — Die „Presse“ hat wegen der Aufnahme der Studenten-Adresse ebenfalls eine Verwarnung erhalten, die jedoch zu spät anlangte, um diesen Abend noch gedruckt werden zu können. — Im auswärtigen Amte ist man schon jetzt mit der Zusammenstellung des gelben Buches, das die diplomatische Correspondenz enthält, und des blauen Buches, das eine Uebersicht über die Situation des Reiches und seine Verhältnisse nach